Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Weltbegebenheiten

Visual Library

Weltbegebenheiten

Es ist schon wieder ein Jahr um, von dem der Kalendermann gehofft hatte, für unser deutsches Vaterland erfreulichere Dinge berichten zu können als in den vergangenen Jahren.

Aber wohin er auch Umschau hielt: in seiner engeren Heimat, in Baden, im deutschen Reiche selbst, in Europa wie in den übrigen Weltteilen ist überall ein verwirrendes Durcheinander, sind Wirtschaftsnöte und politische Zerwürfnisse, deren Grundübel im verlorenen Kriege und dem Versailler Lügenvertrag auch zur Stunde noch wurzeln. Und eigenartig, mag es beim westlichen Nachbar in Frankreich oder jenseits des Ozeans in Amerika, mag es im nahen Osten, bei den Grenzstaaten oder in England sein: sobald es gilt, sich auf Kosten des Deutschen Reiches zu bereichern und die eigene Macht auszubauen, sind sich alle die einig, die sich selbst neidisch in die „Töpfe" sehen und sich gegenseitig beargwöhnen.

Es ist klar, daß gerade in Deutschland, bei dem alten Erbfehler des deutschen Michel, seinen eigenen Blutsbrüdern Schwierigkeiten entgegenzubringen, die wirtschaftliche Not zu besonders verzwickten innenpolitischen Lagen führen mußte. Ehe aber dieses Mal der Kalendermann den Versuch macht, seinen Freunden auf gedrängtem Raume die zahllosen Notverordnungen und Erlasse der einzelnen Länder wenigstens einigermaßen sachlich verständig zu machen, ehe er sich der deutschen Innen- und Außenpolitik zuwendet, will er in knappen Zügen die Ereignisse und Begebenheiten in der übrigen Welt berichten.

Da ist nach wie vor der „liebe" Nachbar im Westen, der all die Jahre hindurch seinen eigenen Offensivgeist, seine ungeheuren Rüstungen immer unter dem Hinweis auf das „gefährliche" Deutschland zu verdecken suchte. Und in einer eigenartigen Weise, deren Schlußfolgerung einen starken Rechenfehler aufwies, verstand es der Franzose, neben seiner Rüstungsmacht auch den Einfluß seines ungeheuren Goldbesitzes zu seinen egoistischen Zwecken auszunützen. Zunächst übte er seinen Druck gegen Ungarn aus, das um einer Anleihe willen den revisionistischen Graf Bethlen opferte und ihn durch den Franzosenfreund Karoly ersetzte, der als Verfechter der südosteuropäischen Politik Frankreichs genügsam bekannt war. Graf Bethlen ließ sich bei der Annahme des Youngplanes lediglich mit einem Anleiheversprechen abfertigen. Die Kreditbewilligung für Ungarn selbst verstanden die Franzosen immer wieder solange hinauszuzögern, bis letzten Endes die Gelder in Budapest verbraucht waren und der unangenehme Partner durch den gefügigen Freund ersetzt werden konnte. Bei England jedoch, bei dem Frankreich in einer etwas anderen Form — es zog innerhalb weniger Wochen über vier Milliarden Gold aus den englischen Reserven — vorging, verrechnete es sich, da der Engländer in Beantwortung der französischen Kreditabzüge sofort seine Goldwährung außer Kraft setzte und die Börsen vorübergehend schloß. Mitgerissen durch diesen aufsehenerregenden Schritt in London erklärten auch Italien, Schweden und Griechenland die Aufhebung ihres Goldstandardes. Frankreich jedoch erlitt dadurch einen in die Milliarden gehenden Spekulationsschaden.

Diese Warnung, die England den Franzosen erteilte, hinderte sie aber nicht, weiterhin den abschüssigen Weg der Isolierung zu betreten. Zwar fanden auch in diesem Jahre die dort sprichwörtlich gewordenen Kabinettsstürze am laufenden Band statt. Auf Laval folgt Tardieu und auf diesen wieder Herriot. Und eigenartig, wenn auch der Sturz Lavals deshalb erfolgte, weil der französische Senat eine stärkere Regierung zur Abwehr der deutschen Vorschläge in Genf fordert, immer war und blieb der nachfolgende Ministerpräsident in erster Linie Franzose, ganz gleich, ob er der Linken oder der Rechten im Senat angehörte.

Den „schlagenden" Beweis erbrachte Ende November die große öffentliche Abrüstungskundgebung in dem mit den Fahnen aller beteiligten Länder geschmückten Riesensaale des „Trocadero", die unter dem Vorsitz Herriots eröffnet wurde. Tumult- und Prügelszenen zwischen den 5000 anwesenden Besuchern unterbanden die Ausführungen der einzelnen Vertreter der 30 verschiedenen Länder. Nur dem Hauptredner Frankreichs, Painlevé, der für die französische Abrüstungsthese in sattsam bekannter Weise eintrat, wurde stürmischer Beifall zuteil: die französische Friedensliebe und Friedfertigkeit war wieder einmal vor der Oeffentlichkeit dokumentiert. Den Franzosen blieb es auch vorbehalten, am 25. Januar die in Lausanne vorgesehene Konferenz durch un-

begründete Absage auf ein halbes Jahr hinauszuschieben, und es hatte den Anschein, daß jeder Verständigungswille auf lange Zeit hinaus durch sie boykottiert werden sollte, zumal Herriot mit neuen Erklärungen über Reparationen und Sicherheiten aufwartete, welche in England einen peinlichen Eindruck hervorriefen und in London die Ansicht laut werden ließen, daß der linksgerichtete Ministerpräsident Herriot noch schlimmer als sein Vorgänger Tardieu auftrete. Ueber die nun doch zu Stande gekommene Konferenz von Lausanne wird der Kalendermann an anderer Stelle zu Wort kommen, wenn er die deutschen Belange unter Berücksichtigung der innenpolitischen wie wirtschaftlichen Lage des Reiches würdigt.

Präsident Doumer von Frankreich †

Von einem Ereignis, das jedoch auf die eigentliche Politik Frankreichs keinerlei Einfluß ausübte, muß noch berichtet werden: dem Attentat auf den Präsidenten der französischen Republik, Paul Doumer. Schon einmal, vor vierzig Jahren, fiel der damalige Präsident Carnot in Lyon dem Dolchstoß eines italienischen Anarchisten zum Opfer. Dieses Mal war der Attentäter ein Russe, der den greisen Präsidenten beim Betreten einer Buchausstellung mit mehreren Schüssen niederstreckte. An den Folgen der schweren Verletzung verstarb Paul Doumer am 7. Mai. Drei Tage darauf wurde in Versailles der bisherige Präsident des Senates Albert Lebrun zum 14. Präsidenten der französischen Republik einstimmig gewählt.

Beim Aufzählen der Weltbegebenheiten wurde bisher als würdiger Bundesgenosse der Franzosen regelmäßig der Pole genannt. Auch dieses Mal soll der Ueberlieferung kein Abbruch geschehen.

Zu klein, um auf die eigene Macht zu pochen, versuchten es die Polen immer wieder zum Schaden der deutschen Grenzländer unter dem Schutze der Franzosen gewaltsame Uebergriffe oder freche Vertragsverletzungen durchzuführen. So wurde auf dem polnischen Wechselbahnhof Gannsee der deutsche Kriminalassistent Koppenatsch bei der Ausübung seines Dienstes festgenommen und nach Graudenz abtransportiert. Dieser Fall beleuchtet die polnische Anmaßung ganz besonders schwer, weil er eine grobe Verletzung des erst am 27. März 1926 getroffenen deutsch-polnischen Eisenbahnabkommens bedeutet. Nach diesem Abkommen gewährleisten die beiden Staaten ihren Beamten gegenseitig unbedingte Sicherheit, selbst für den Fall, daß die Beamten sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht haben. Das Letztere traf im Falle des Kriminalassistenten nicht einmal zu. Ein anderer deutscher Kriminalbeamter aus Namslau, Anton Preiß, hatte versehentlich die polnische Grenze überschritten. Nach fünfmonatlicher Untersuchungshaft wurde er von dem Bezirksgericht in Ostrowo unter Ausschluß der Oeffentlichkeit zu 10 Jahren Zuchthaus wegen angeblicher Spionage verurteilt. Daß hingegen Polen offensichtliche Grenzverletzungen und eine starke Spionage betreibt, wurde am 11. Jan. in Johannisburg in Ostpreußen erwiesen. Dort erschien gegen 12 Uhr ein polnischer Doppeldecker aus südöstlicher Richtung und steuerte zielbewußt in 75 bis 100 Meter Höhe den Bahnhof an, wendete, um seinen Flug zweimal zu wiederholen. Einwandfrei wurde festgestellt, daß dieses graugestrichene Militärflugzeug mit dem gut sichtbaren polnischen Hoheitszeichen und der Zahl Nr. 15 von 2 Fliegern besetzt war, die zahlreiche fotographische Aufnahmen des Bahnhofgeländes machten. In allerbester Erinnerung ist sicher noch die Juni 1932 erfolgte polnische Provokation im Danziger Hafen durch polnische Einheiten, die, ohne die vertraglich erforderliche Genehmigung zu haben, die Reede anliefen.

So ist es nicht zu verwundern, wenn die polnische Anmaßung auch einmal einen Dämpfer erhielt von einer Seite, von der sie wohl keine Zurechtweisung erwartet hatte. Als der polnische Gesandte in Washington über eine vertrauliche Unterredung mit dem Senator Borah der Oeffentlichkeit gegenüber die Be-

merkung machte, daß Borah's Kenntnisse der mitteleuropäischen Zustände durchaus mangelhaft seien, sah sich der amerikanische Senator genötigt über diese Unterredung etwas Aufschluß zu erteilen, indem er seiner Ansicht über die gewaltsame Entdeutschungspolitik der Polen im Korridor dahingehend Ausdruck verlieh, daß der Korridor wohl in absehbarer Zeit zu 100 % von Polen bewohnt sein würde, wenn die Regierung in Warschau ihre unverantwortliche Gewaltpolitik im gleichen Maße weiter durchführe.

In diesem Jahre trat in einem Staate der seine Selbstständigkeit ebenso wie Polen dem deutschen Reiche verdankt die deutschfeindliche Einstellung deutlich zu Tage: in Litauen. Auch dort hat man längst die Ströme deutschen Blutes vergessen, die noch nach Beendigung des Weltkrieges im Baltikum geflossen sind, als es galt der kommunistischen Sturmwelle der Sowjet-Horden Einhalt zu gebieten, als reichsdeutsche Freiwilligen Formationen darunter die Batterie von Medem mit Albert Leo Schlageter Riga von dem Blutteror endgültig befreiten. Die Litauer, die gegen die baltischen Grundherren damals die Oberhand mit Hilfe der Engländer und Franzosen erhielten, deren neuen Staat auch die rein deutschen Memellande zugesprochen wurden, unternahmen am 6. Februar im Memelgebiet einen lange erwartenden litauischen Staatsstreich. Der Präsident der Memeler Landesregierung wurde im Landesdirektorium von litauischen Offizieren festgenommen und entführt. Mit der Führung der Regierungsgeschäfte hat Gouverneur Merkys unter Außerachtlassung des Autonomistenstatuts einen Groß-Litauischen Landesrat beauftragt. Auch hier konnte es nur bei einem erheblichen Befremden in Berliner politischen Kreisen bleiben, da bekanntlich die 4 Signaturmächte der Memelkonvention England, Frankreich, Italien und Japan sind. Obgleich man von Memel aus durch Unterbindung der telefonischen und telegrafischen Verbindungen Memels mit den Plätzen jenseits der Grenze den Gewaltstreich möglichst lange zu unterbinden suchte, löste dieses Ereignis auch in Genf beim Völkerbund eine ziemliche Erregung aus. Die eigentliche Antwort auf das Verhalten Litauischer Machthaber erbrachten die im Mai erfolgten Memelwahlen. Der Großlitauische Angriff war gescheitert; denn diese Ergebnisse waren ein großes und erhebendes Bekenntnis der Memelländer für die Selbstständigkeit ihrer Heimat geworden. Die niederschmetternde Abfuhr der Litauer war aber letzten Endes der hundertprozentigen Wahlbeteiligung zu verdanken, da nur durch diese die Masseneinbürgerung Großlitauischer Arbeiter und Angestellter und damit deren Stimmen überboten werden konnten.

Da der Kalendermann sich nun doch einmal mit den deutschen Grenznachbarn im Osten befaßte, so will er auch gleich über die Puffer-Staaten hinaus dringen und sich mit einem Lande beschäftigen, dessen Einfluß in verderblichster Weise durch seine Staatsform und durch seine Propaganda für den Weltbolschewismus sich überall bemerkbar machte, wo die Sowjets durch ihre Diplomaten und Agenten bisher Fuß gefaßt haben. Gerade in Deutschland, dessen parteipolitische innere Zerissenheit große Angriffsflächen für die kommunistische Agitation geboten hat, waren Hetze und Uebergriffe in diesem Jahre besonders stark zu verspüren. Daran kann auch der Umstand nichts ändern, daß auf der anderen Seite der russiche Außenminister Litwinow im August dem damaligen deutschen Außenminister Curtius einen Freundschaftsbesuch abstattete, oder daß „Graf Zeppelin" zu der denkwürdigen und erfolgreichen Arktisfahrt in das Polargebiet im Juli aufgestiegen war. Der Expansionsgedanke der Sowjets richtet sich nicht nur auf die friedliche Eroberung des Nordens, um dort die Ausnützung der Mineralschätze der Polgegenden zu erreichen. Man kann ruhig sagen, daß das gewaltige Reich, daß bei jeder Gelegenheit von den imperialistischen Unterdrückern der übrigen Welt spricht, dessen Vertreter gegen jede Waffenrüstung — und sei es nur zur Selbstverteidigung — das größte Entrüstungsgeschrei erhebt, selbst bis an die Zähne gerüstet ist und nur so von Waffen der modernsten Technik starrt.

Aber auch in wirtschaftlicher Form ist es Rußland, das der deutschen Industrie und dem deutschen Arbeiter schon empfindsame Nackenschläge verabfolgt hat. Wohl hatten eine ganze Reihe deutscher Ingenieure, Techniker und gelernte Arbeiter bei dem Ausbau des bekannten Fünfjahresplanes ebenso vorübergehende Beschäftigung erhalten, wie einem großen Teil der deutschen Industrie zahlreiche Lieferungsaufträge zuteil wurden. Sieger in diesem Schachspiel der Industrie und Wirtschaft blieb die Sowjet-Handelsdelegation in Berlin, da das Reich für die in die Hunderte von Millionen gehenden russischen Aufträge die Bürgschaft gegen russisch-

Akzepte übernahm; also im gewissen Sinne die für Rußland gelieferten Maschinen aus eigener Tasche bezahlte, da die Sowjets einen großen Teil ihrer Wechselschulden mit Holzlieferungen an das Reich beglichen und somit den deutschen Holzmarkt konkurrenzunfähig machten. Eine Unternehmung, die bei den ungeheuren Holzvorräten, dem unerschöpflichen Waldreichtum und den niedrigsten Arbeitslöhnen zwangsverurteilter Deportierter Rußland keinen Abbruch tat, dem kleinen Waldbesitzer Deutschlands hingegen die bisherige immer noch ersprießliche Einnahmequelle auf lange Zeiten hinaus versiegen ließ.

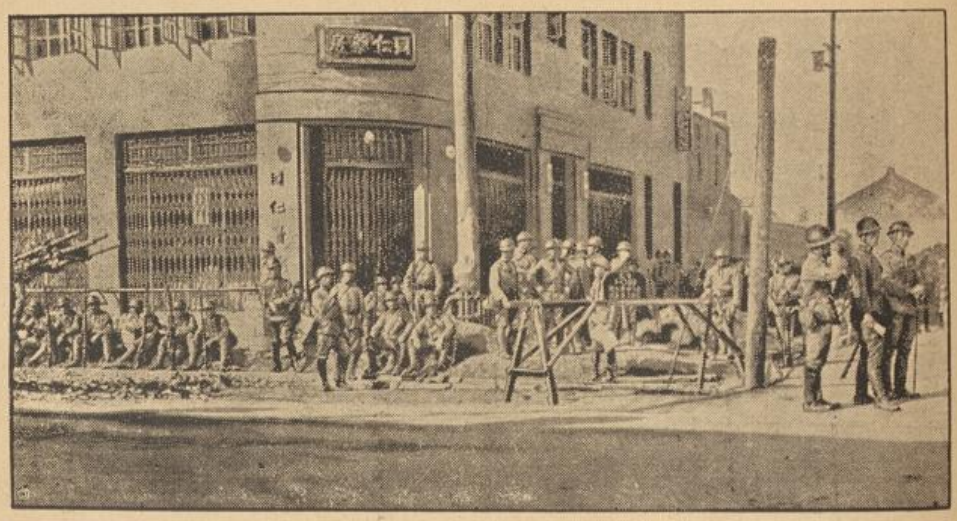
Damit war wieder weiterer Nährboden für die bolschewistische Idee gegeben, die sich in fortgesetzten kommunistischen Uebergriffen im ganzen deutschen Reiche auswirkte. Dazu kam noch die gesteigerte Gottlosenpropaganda, die das Volk dem Einfluß der Kirche entziehen sollte. So wurde in der engeren Heimat des Kalendermannes, das Wahrzeichen erhabener gotischer Kunst, das Freiburger Münster mit roter Farbe beschädigt und mit Inschriften wie „Nieder mit den Pfaffen" versehen, während das Erzbischöfliche Palais ebenfalls durch rote Farbanstriche besudelt wurde. In Berlin, in Hamburg, im Rheinland, in Leipzig nnd Nürnberg ergingen Streikparolen, die leider zu blutigen Außeinandersetzungen führten. Vor allem erweckte der Meuchelmord am 8. August am Bülowplatz, dem mehrere Berliner Polizeioffiziere zum Opfer fielen, berechtigten Abscheu. Nicht einmal vor dem Tode machte die Kommune halt: in rohester Weise wurde das Grab eines ebenfalls in Berlin erschossenen Polizeiwachtmeister verwühlt und geschändet. Der Grabstein selbst mit der Inschrift „Ruhe in Gott — Rotfront lebe" versehen. Große Waffenlager wurden in Berlin und Hamburg in kommunistischen Zentralen festgestellt, Druckschriften, die im Oktober die Pläne zur Sprengung von Straßen- und Eisenbahnbauten und zur Vergiftung der Brunnenanlagen aufforderten, beschlagnahmt. In Gotha wurden ganze kommunistische Formationen während militärischer Uebungen festgenommen. Selbst vor der Person des Reichspräsidenten wurde nicht halt gemacht, indem man durch Anzapfen der Leitung den Reichspräsidenten während einer Rundfunkrede am 31. Dezember für kürzere Zeit zu unterbrechen versuchte.

Chinesische Flüchtlinge vor einer Bahnstation an der chinesisch-mandschurischen Grenze

Damit war die verheerende Tätigkeit der Kommunisten in diesem Jahre noch lange nicht erledigt. Im Zusammenhang mit den innerpolitischen Ereignissen der letzten Monate wird an anderer Stelle noch zu berichten sein.

In Spanien hingegen fiel die Werbetätigkeit der dritten Internationale auf fruchtbaren Boden. Die Anweisungen von Moskau trieben

die junge spanische Republik auf den direkten Weg zum Bolschewismus. Trotz der Ermahnungen und Aufforderungen des Papstes, gegen die Gottlosenpropaganda schärfste Front zu machen, waren die beiden Minister Zamorra und Maura genötigt, der Nationalversammlung ihr Rücktrittsgesuch zu überreichen, da nach stürmischer Sitzung die Nationalversammlung mit 178 gegen 58 Stimmen die Ausweisung der Jesuiten und die Beschlagnahme ihres Eigentumes beschloß. Bereits nach einem weiteren Vierteljahr, im Dezember, stand die



Besetzung der mandschurischen Hauptstadt Mukden durch die Japaner

Wegnahme aller Ländereien und sonstigen Güter, die bisher den Kirchen und Klöstern gehörte, unmittelbar bevor, ohne daß hierfür eine Entschädigung gewährt wurde. Sechzig Prozent der staatlichen Leistungen an den Klerus kamen mit sofortiger Wirkung zum Wegfall, während der Rest in 2 3 Jahren zum gänzlichen Fortfall gelangen soll.

Und wieder muß der Kalendermann einen gewaltigen Sprung über die Landkarte hinwegmachen, um von Spanien nach dem fernen Osten zu gelangen, wo in China zunächst von den Bürgerkriegen zu reden ist, die namentlich in der Mandschurei auf kommunistische Hetze zurückzuführen sind.

Ein Land mit einer ungeheuren Bevölkerungsdichte von rund 400 Millionen Einwohnern, das bis vor wenigen Jahren sich vor jeder fremden Kultur abgeschlossen hat und nur seiner eigenen jahrtausende alten Ueberlieferung lebte, in dem bei einer Mißernte schon Hunderttausende des Hungertodes sterben, kann nur allein in der Lage sein, Millionen von Menschenverlusten zu ertragen, ohne in sich selbst zu verbluten. Infolgedessen schadete der Bandenkrieg — anders kann man die Unternehmungen einzelner Generäle gegeneinander nicht bezeichnen — der inneren Konstellation des chinesischen Reiches nicht viel. In dem Maße jedoch, in dem Sowjet-Rußland seinen Einfluß über Ost-Sibirien zur Geltung brachte, nahmen die modernen Kriegswaffen ihren Einzug über die Mandschurei, während die Augen der übrigen am fernen Osten interessierten Staaten ebenfalls aufmerksam auf die Entwicklung der dortigen Verhältnisse gerichtet waren. Was lag näher, als daß Japan, dem für seinen Bevölkerungszuwachs das eigene Land und Korea zu klein geworden waren, die günstige Gelegenheit nur zu willig aufnahm, und Mitte September mit einem plötzlichen Angriff auf Mukden und Tsingtau begann. Als äußeren Anstoß nahm Japan das angebliche Verhalten Chinas gegenüber japanischer Staatsbürger. In Wirklichkeit waren es nur seine bedeutenden Interessen in der Mandschurei und deren Eisenbahnlinien, auf die die Russen ihrerseits einen auffallenden Augenmerk gelenkt hatten. Am 19. September

besetzten japanische Truppen unter dem Schutz ihrer Kriegsschiffe in Tsingtau wichtige militärische Stützpunkte, nachdem sie die chinesischen Besatzungen entwaffnet hatten. Fast hatte es den Anschein, als ob eine Intervention Chinas bei dem Völkerbund in Genf von Erfolg begleitet werden würde; denn bereits am 22. September erfolgte die Nachricht, daß die japanischen Truppen wenigstens aus Mukden zurückgezogen seien. Die Russen ließen diesen günstigen Augenblick ihrerseits nicht ungenützt und entfalteten in Charbin eine lebhafte Tätigkeit, die zu großen Ausschreitungen gegen das japanische Konsulat, die korranische Bank und sonstige japanische Geschäftshäuser führte. Obgleich Litwinow offiziell die Erklärung abgab, daß ein japanischer Vorstoß gegen die chinesische Ostbahn nach russischer Auffassung durchaus unzulässig und unerwünscht sei und in Moskau großes Aufsehen erregt habe, wurden die verfügbaren Truppen der zweiten japanischen Division auf den Marsch nach Charbin gesetzt. Es hatte den Anschein, daß zwei Weltordnungen, Japan und Rußland, aufeinander platzen würden. Amerika aber, das an dem Osten wirtschaftlich als dritte Großmacht interessiert ist, versuchte durch Noten an China und Japan zunächst zu vermitteln. Ob das Auslaufen starker amerikanischer Einheiten zu angeblichen Flottenmannövern in jenen Stunden aus anderen Gründen erfolgte, mag dahingestellt bleiben. Die Entsendung zahlreicher europäischer Kriegsschiffe zum Schutze der europäischen Kolonien im chinesischen Hoheitsgebiet erinnern jedenfalls sehr stark an die kritische Lage des Boxeraufstands um die Wende des Jahrhunderts. Zwar kam es nicht zu dem befürchteten Großkriege. Eines aber wurde dokumentiert: die lächerliche Geste und Machtlosigkeit des sogenannten Völkerbundes, dessen Ratsentschließungen gegen Ende Oktober von Japan zu Fall gebracht wurden, nachdem es dem Rat nicht gelungen war, seine Beschlüsse durchzusetzen und ihm nichts anderes übrig blieb, als sich auf mehrere Wochen zu vertagen! Eine gleiche Farse blieb auch der Beschluß des Rates Ende Januar, auf Grund des Artikels 15 die Einleitung des Kriegsverfahrens gegen Japan durchzuführen, nachdem Japan Schanghai nach vorausgehenden Fliegerangriffen und Unterstützung seiner Kriegsschiffe besetzte. In Moskau erklärte man, sich nach dem japanischen Angriff auf Schanghai im chinesisch-japanischen Streitfall neutral zu verhalten. Amerika und England ihrerseits belassen es bei formellen Protesten gegen die Besetzung. Die chinesische Regierung verlegte ihren Sitz aus Nanking. Die Waffenstillstandsverhandlungen verliefen ergebnislos.

Am 1. Februar setzt die Beschießung Nankings und die Landung japanischer Truppen in Kanton und Nanking selbst ein, während der Großaufmarsch der Flotten der übrigen Großmächte nach Schanghai beginnt.

Am 2. Februar eröffnet man in Genf die seit Jahren heiß umstrittene allgemeine Abrüstungskonferenz! Ein eigenartiges Zusammentreffen sich gänzlich widersprechender Begebenheiten, das aber die Lächerlichkeit solch pazifistischer Unternehmungen veraugenscheinlicht; denn wer die Macht hat, frägt nicht nach schriftlichen Warnungen auf dem Papier. Vier Tage später bricht Japan in das Operationszentrum der Russen ein und besetzt, ohne Widerstand zu finden, Charbin!

Damit verläuft die Aktion des Völkerbundsrates einstweilen im Sande und auch Amerika und England beließen es nur bei den erwähnten Protesten. Sie hatten mit ihrer eigenen Wirtschaftslage zunächst wohl selbst zu schaffen, als daß sie sich in gefährliche Experimente einlassen konnten, die ihrem Ansehen als Großmächte oder ihrem Wirtschafts- und Handels-Prestige für lange Zeiten nur Abbruch tun konnten.

Tatsächlich erfolgten in England selbst innerhalb weniger Monate, neben der schon bereits erwähnten Aufhebung des Goldstandardes, ein Kabinettsrücktritt und die englischen Neuwahlen, die in diesem Jahre eine katastrophale Niederlage der englischen Arbeiterpartei mit sich brachten.

In Amerika brachte kommunistische Werbetätigkeit die Arbeitslosenheere zu gewaltigen Hungermärschen nach Washington auf die Beine. Ueberhaupt traten in den Vereinigten Staaten die Folgen der allgemeinen Weltwirtschaftskrise erschreckend zu Tage, da auch hier mit Beginn des Frühjahres hunderttausend Beamte außer Dienst gestellt werden mußten, während bei weiteren 800 000 Gehaltskürzungen notwendig waren, um selbst im Lande des allmächtigen Dollars einer gänzlichen Budgetkatastrophe Einhalt zu gebieten.

Die Wirtschaftskrise machte sich auch in Brasilien stark bemerkbar. Vor allem waren es dort auch deutsche Kaffeepflanzer, die zu Schaden kamen, da der Absatzmarkt für die Kaffeeproduktion dieses Landes so gering im

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Brasiliens zur Ernte stand, daß der Kaffee eisenbahnzugweise ins Meer versenkt oder in Kesselanlagen und Lokomotiven als Kohlenersatz verfeuert wurde. Die Regierung Brasiliens mußte sogar eine Anleihe über 200 000 Contos aufnehmen, um die Vernichtung des Ernteüberflusses überhaupt durchführen zu können.

Von den übrigen Staaten und Ländern kann der Kalendermann nicht mehr viel berichten. Er kann nur noch von Finnland erzählen, daß man dort mit überwältigender Mehrheit bei einer Volksabstimmung das bestehende Alkoholverbot wieder aufgehoben hat oder von Schweden das unrühmliche Ende des Kreugerschwindel-Unternehmen erwähnen, dessen Liquidation mit dem freiwilligen Tode des Milliarden-Fälschers Ivar Kreuger noch nicht seinen Abschluß gefunden hat.

In Europa selbst verbleiben nur noch die Auseinandersetzungen zwischen dem Vatikan und Quirinal, die in Differenzen zwischen der Katholischen Aktion und dem Faschismus entstanden hatten. Im Laufe der Besprechungen gelangten der Vatikan und die italienische Regierung zu einer Einigung, laut der die Katholische Aktion ihre äußeren Formen behält, sich ihren religiösen Zielen entsprechend jedoch nicht mit Politik befaßt, damit die Einheit und Harmonie zwischen Vaterland und Glauben eine offizielle Bestätigung erhalte.

Das Gebiet der südamerikanischen Vulkanausbrüche

Mussolini selbst wurde vom Papst zum Ritter vom goldenen Sporn ernannt, dessen Insignen nur der italienische König und der Thronfolger im Besitze hatten. Bei der Verleihung dieser, einer der höchsten Auszeichnungen des päpstlichen Stuhles, fand Mussolinis Besuch im Vatikan statt, wie der italienische Ministerpräsident sich auch der Gratulationskur der ganzen Welt persönlich anschloß, um Pius XI. am 12. Februar anläßlich der Feier seiner zehnjährigen Thronbesteigung und später zu seinem 75. Geburtstage die Glückwünsche

des italienischen Volkes und die seinigen zu überbringen.

In diesem Zusammenhang stand auch ein kommunistisches Attentatsversuch im Petersdom am 31. Mai, das gegen Mussolini gerichtet schien, das aber leicht die hohe Person des Papstes selbst treffen konnte, da eine Bombe beim Hauptaltar versteckt worden war, die zum Glück noch rechtzeitig entdeckt wurde.

Auch die deutschen Ozeanflieger Köhl und Gronau wurden von dem Papste am 1. Juni zu einer Privataudienz empfangen, eine Anerkennung, die in ganz Deutschland mit Genugtuung aufgenommen wurde.

Ehe der Kalendermann die für das deutsche Reich so unendlich schwierigen und wichtigen innen- wie außenpolitischen Ereignisse kurz zusammen zu fassen versucht, soll auch wie in den übrigen Jahren der Technik, der Wissenschaft noch Erwähnung getan werden

Schon im Obenstehenden wurde von dem Arktisflug des „Graf Zeppelin" im August gesprochen. Diese Fahrt, die nur der Forschung und nicht der Rekordsucht galt, erbrachte einen weiteren Beweis der Leistungsfähigkeit des deutschen Luftriesen, der sich in den Dienst der Wissenschaft gestellt hatte.

Die Flieger Bertram (links), Klausmann (rechts)

Mitte Mai konnte die Dornierwerft an Italien das dritte Flugzeug des Do X-Types abliefern, während kurze Zeit darauf Do X selbst von seinem Weltflug stürmisch begrüßt und bejubelt nach Deutschland zurückkehren konnte.

Eine Großtat sportlichen Unternehmungsgeistes, die zugleich das beste Zeugnis für deutsche Industrie und Technik ablegte, ist auch der Weltflug von Elly Beinhorn, die nicht nur als erste Frau Australien überflog, sondern auch auf ihrer weiteren Reise als erster Pilot die Hoch-Anden bezwang. Wer denkt in diesem Augenblick nicht an die beiden kühnen Flieger Bertram und Klausmann, die über Australien beinahe dem Schicksal erlegen wären und die in letzter Minute nach wochenlangen Entbehrungen der Verzweiflung, dem Irrsinn und dem Tode nahe, gerettet werden konnten.

Auch die deutsche Kriegsmarine erhielt einen wertvollen, wenn auch kleinen Zuwachs. Als letzter der fünf neuen kleinen Kreuzer wurde die „Leipzig" in Dienst gestellt, ein 6000 Tonnenschiff mit einer Höchstbestückung von nur 15 cm-Geschützen. Im Vergleich zu den Riesenrüstungen der übrigen Großmächte, deren U-Bootkreuzer schon die gleiche Bestückungsweise aufweisen, eine schwache Verteidigungswaffe! Möge die neue „Leipzig" dem Namen ihrer bei den Falklands-Inseln durch englische, russische und japanische Uebermacht vernichteten Vorgängerin alle Ehre bereiten.

Während das Urteil im Lübecker Calmette-Prozeß einigen deutschen Forschern und Wissenschaftlern den schweren Vorwurf der Fahrlässigkeit in der Ausführung ihres Aerzteberufs nicht ersparen konnte, wurden im Dezember in Stockholm drei deutsche Nobelpreisträger, Geheimrat Bosch, Generaldirektor Bergius und Professor Warburg, mit der höchsten wissenschaftlichen Auszeichnung, die die Welt zu vergeben hat, bedacht. König Gustav gab zu Ehren der drei Deutschen ein Festmahl, bei dem auch der deutsche Gesandte Dr. Rosenberg zugegen war.

Und wenn auch in diesem Jahre die Verarmung des deutschen Volkes besonders kraß

zu Tage trat, so zeigten wir doch, daß der Deutsche für schöngeistige Ideale zu allen Zeiten etwas übrig hat.

Stand doch das Jahr 1932 unter dem Zeichen des Genius Goethe. Am 15. März eröffnete die Reichsregierung durch einen Aufruf das Goethe-Gedenkjahr, während die Goethestadt Weimar eine neue Stadthalle errichte, die für die erste offizielle Feier bestimmt wurde. Am 22. März, der 100. Wiederkehr des Todestages Goethes, gab es wohl kaum eine Gemeinde, eine Schule im Reich, die nicht des unsterblichen Olympiers gedachte. Es gab wohl keine Nation, die den Anspruch auf Kultur erheben kann, die nicht in öffentlicher Kundgebung der Bedeutung Goethes gerecht geworden wäre!

Etwas stiller und nur von Deutschland selbst wurde der 100. Geburtstag Wilhelm Raabe's von seinen Freunden am 9. September begangen. Und doch hätte dieser Dichter mit seiner schlichten und geraden Ausdrucksform und mit seinem sinnigen kerndeutschen Innenleben in Anbetracht der heute so verflachten literarischen Welt eine größere Anerkennung finden sollen!

Wenige Tage vorher, am 29. August, wäre Hermann Löns, der deutsche Sänger der Heide, 65 Jahre alt geworden. Schmerzlich berührt muß man dieses Tages gedenken in der berechtigten Annahme, daß der allzufrühe Heldentod des Kriegsfreiwilligen der deutschen Literatur unendlich Schönes vorweggenommen hat! Daß wir vielleicht im anderen Falle der Feder des Dichters den wahren deutschen Kriegsroman verdanken könnten!

In diesem Jahre starb ein Schriftsteller, dessen literarische Bedeutung zwar belanglos ist, dessen überaus große Fruchtbarkeit an Kriminalromanen jedoch in der ganzen Welt Aufsehen erregte, Edgar Wallace. Von ihm wurde sogar im Scherz die Anekdote verbreitet, daß er zur gleichen Zeit drei und vier Romane nebeinander her zu diktieren im Stande gewesen sei.

Mehr Aufsehen erregte hingegen der Heimgang des erprobten französischen Politikers Briand am 7. März. Das Ableben des Mannes mit der „ewig brennenden Zigarette" nahm Frankreich einen seiner bedeutendsten Köpfe. Mit ihm ging ein Mann dahin, der zwar mit dem verstorbenen Gustav Stresemann sich in den Friedensnobelpreis teilen konnte, der aber als echter Franzose über seinen Verständigungswillen hinaus zuerst die Interessen seines eigenen Vaterlandes unnachgiebig in den Vordergrund stellte.

Ein Mann, der für den Zusammenbruch der verbündeten österreichischen Armee und für den Bruderverrat Kaiser Karls an der deutschen Nation mitverantwortlich zu machen ist, folgte Briand vier Wochen später, am 5. April, in den Tod nach: der Vertrauensmann Franz Ferdinands und Kaiser Karls von Oesterreich, Graf Czernin, während ein weiterer Deutschenhasser und unermüdlicher Kriegshetzer, Kriegsminister Maginot, acht Wochen vor Briand, am 7. Januar, zu seinen Vätern versammelt wurde.

In Deutschland lebte einer der ehemaligen regierenden Fürsten, König Friedrich August von Sachsen, am 20. Februar ab. Er war derjenige Regent, der 1918 anläßlich seiner Abdankung das geflügelte Wort geprägt haben soll: „Macht euren Dreck allene".

Die engere Heimat des Kalendermannes hatte den Heimgang von 2 führenden Männern zu bedauern, als der badische Staatspräsident J. Wittemann im Alter von 65 Jahren, am 11. September und der Erzbischof Dr. Carl Fritz am 7. Dezember verschieden.

Die Trauerkundgebungen, die aus ganz Deutschland einliefen, bewiesen die Wertschätzung die der Persönlichkeit der beiden Verstorbenen aufrichtig gezollt wurde.

Als Nachfolger auf dem erzbischöflichen Stuhle in Freiburg wurde am 24. Mai vom Papst Erzbischof Gröber berufen. Damit wurde dem Wunsche der gesamten, nicht nur katholischen Bevölkerung der Erzdiözese durch den Vatikan Rechnung getragen.

Der Tod Wittemann's führte selbstverständlich zu einer Regierungsumbildung in Baden. Am 18. September übernahm der bisherige Kultusminister Dr. Schmitt neben dem Justizministerium die Präsidentschaft. Der bisherige Zentrumsfraktionschef Dr. Baumgartner übernahm das Ressort des Kultusminsteriums. Reichstagsabgeordneter Dr. Föhr trat an die Stelle Dr. Baumgartner's.

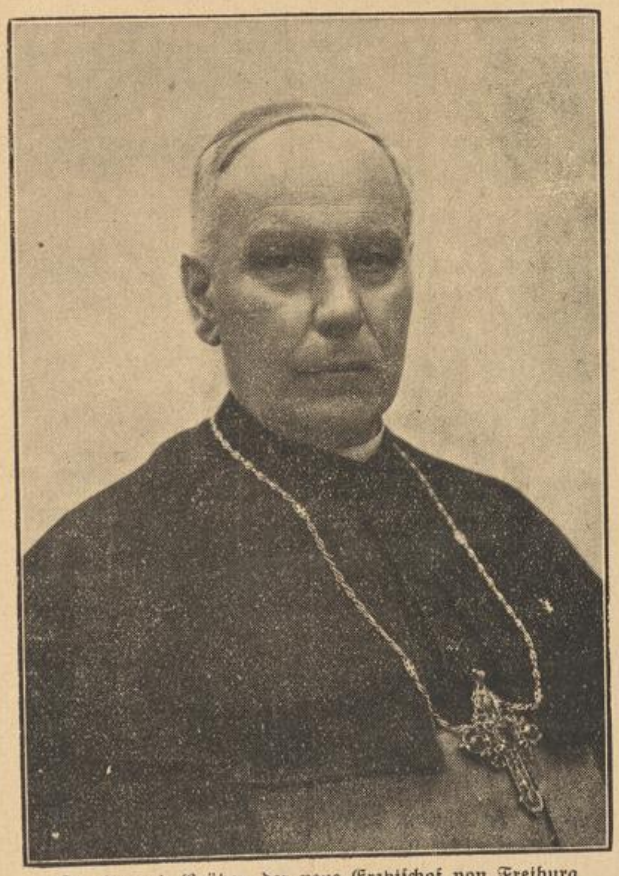
Diese Regierung konnte am 1. Dezember an einem Ehrentag für das ganze badische Volk teilnehmen, als der Opferwille der Volksgemeinschaft die Einweihung der Freiburger Kliniken durch einen feierlichen Festakt ermöglichte. Tatsächlich stellen diese Klinikneubauten das Modernste auf dem klinischen Gebiete dar, und schon nach wenigen Wochen war der Ruf der

medizinischen Fakultät Freiburgs weit über die Welt verbreitet.

Weniger erfreulich für Baden war der im Mai ds. Js. amtlich festgestellte Steuerrückgang um 30%. Ein Beweis, daß sich auch die Pläne des Finanzministers Dr. Mattes, eine Besserung der finanziellen Lage des Landes Baden herbeizuführen, nicht verwirklichen ließen.

Gespart mußte leider an dem neuen badischen Kultusetat werden, der einmal eine 50%ige Dotationskürzung u. das andere mal die Einsparung von 489 Lehrkräften notgedrungen mitsichbringen mußte, damit der fortdauernde Aufwand eine Einsparung von 13,8 Millionen aufweisen konnte.

Wurde schon so im Kleinen im Freistaat Baden nach Möglichkeit jede unnötige Ausgabe vermieden u. zwang die allgemeine Notlage zu vielen unerwünschten Etatskürzungen, so wird es verständlich werden, daß auch der Reichshaushalt wenigstens für 98 Prozent des gesamten deutschen Volkes harte Opfer erheischte und zu manchen zwangsmäßigen Eingriffen durch das Ansetzen der Steuerschrauben führte.



Dr. Konrad Gröber, der neue Erzbischof von Freiburg

Die dadurch bedingte gespannte Lage erhellte sich klar aus dem Verbot der kommunistischen Spartakiade in Berlin im Juli und durch die Forderung eines Volksentscheides zwecks Auflösung des preußischen Landtags in Preußen, nachdem am 4. August eine Notverordnung über die Devisen-Bewirtschaftung erlassen worden war. Der Preußen-Volksentscheid fiel trotz stärkster Propaganda der Oppositionsparteien, denen sich auch Herr Dingeldey mit angeschlossen hatte, zu Gunsten der bestehenden Regierung Braun aus. Von 26 314 900 Stimmberechtigten wurden nur 37,1 %, also 9,8 Mill. Ja-Stimmen abgegeben.

In rascher Folge werden weitere Notverordnungen auf Grund des Artikel 48 gegen Kapitalflucht ins Ausland und Sparverordnungen für die einzelnen Länder verabschiedet. Vor allem die Erhebung einer Ausreisegebühr von Mk. 100.—, die zwar nach wenigen Wochen wieder aufgehoben wurde, erwies sich als unsozial. Der Reichsfinanzminister hatte nicht bedacht, daß die Summe von Mk. 100.— für die wirklich noch Großkapital Besitzenden leicht zu entrichten waren, während sie für den Geschäftsreisenden und den kleinen Mann, der vielleicht nur aus gesundheitlichen Rücksichten das Reich verlassen mußte, unendlich viel bedeuteten. In jenen Krisentagen zeigte sich aber wieder einmal die eigenartige Einstellung der Schweizer Hoteliers, die den deutschen schon in der Schweiz befindlichen Kurgästen in rigorosester Weise begegneten und nach eigenem Gutdünken die deutsche Mark in Zahlung nahm. Dieses Verhalten sollte jeden Deutschen, der nicht unbedingt die Schweiz aufsuchen muß, als Warnung dienen. Wir haben in unserem deutschen Vaterlande so herrliche Gegenden und Natur-

schönheiten, daß wir unser Geld nicht in fremde Länder tragen brauchen!

Infolge der für die Lage des Reiches entstandenen Gefahren auf dem Weltmarkte war auch eine Zwangsregelung mit dem Geldverkehr der Sparkassen notwendig geworden. Der auf die Sparkassen einsetzende Sturm erwies sich allerdings als unbegründet, veranlaßte hingegen den Reichskanzler Dr. Brüning zu einer großen Rundunkrede, in der auch die Selbsthilfe des Reiches und der Geldverkehr der Sparkassen eingehendste Berücksichtigung fanden. Immerhin trugen die klaren und sachlichen Ausführungen des Kanzlers wesentlich zur Beruhigung bei.

Zwei Tage nach der Kanzlerrede stattete eine deutsche Delegation Mussolini in Rom einen Besuch ab. Der Empfang und die Begrüßung der deutschen Minister waren außerordentlich warm gehalten. Bezeichnend für die Persönlichkeit des Duce war der Hinweis an die deutsche Delegation, in der er das deutsche Volk auf die eigene Kraft verwies und damit dem ehemaligen Gegner Wertschätzung und Achtung erwies.

Die scharfen Presseangriffe, die gerade in den außenpolitisch bedeutsamsten Tagen zum Teil das Ansehen der Reichsregierung verminderten, führten zur Abänderung einer Pressenotverordnung, die auf dem Wege des Artikels 48 die Regierung ermächtigte, Zwangsartikel ohne Kommentar zu veröffentlichen. Diese, namentlich von der Presse heiß umstrittene Maßnahme mußte die damalige Regierungspresse später nach Rücktritt des Kabinetts Brüning an sich selbst erfahren.

Da platzte unvorhergesehen, ohne daß die sonst üblichen Gerüchte vorausgeeilt waren, die Deutsch-Oestereichische Zollunion mitten in die allgemein gespannte Situation. In erster Linie war es Frankreich, das in diesem Abkommen, welches Reichsaußenminister Dr. Curtius getroffen hatte, mehr als die Schädigung seiner wirtschaftlichen Interessen sehen wollte Mit Hilfe des Vertrages von St. Germain, dessen Artikel 88 Oesterreich die Verpflichtung auferlegt, bei selbständigen Handlungen in bestimmten Fällen die Zustimmung des Völkerbundsrats einzuholen, brachte der Haager Gerichtshof mit 8 gegen 7 Stimmen das Zollregime zwischen Deutschland und Oesterreich im September zu Fall. Eine ausgesprochene politische Entscheidung, zumal die Richter der Vereinigten Staten, Englands, Japans, Chinas und Belgiens sich uneingeschränkt auf den von der deutschen Regierung eingenommenen Standpunkt gestellt hatten. Ohne Frage war damit der kurze Zeit darauf erfolgte Rücktrit des Reichsaußenministers Dr. Curtius verquickt. Der erste Riß in der bestehenden Regierung war erfolgt, obgleich Dr. Brüning mit einer Kabinettsumbildung im Sinne einer eventuellen Halbrechts-Schwenkung neu beauftragt worden war. Drei Tage darauf stellt sich das neue Kabinett der Oeffentlichkeit vor. Das wichtige Amt des Außenministers hat der Kanzler selbst übernommen.

Mit der üblichen französischen Geste war wenige Tage vor dem Rücktritt Dr. Curtius der Gegenbesuch Lavals und Briands in Berlin erfolgt. Allerdings entsprach auch das spätere Verhalten Frankreichs nicht dem nur konventionell aufzufassenden Verständigungsgeflüster der französischen Vertreter.

Von etwas größerer Bedeutung jedoch scheint der Besuch des italienischen Außenministers Grandi etwa 4 Wochen später für das Reich gewesen zu sein. Auffallend war vor allem eine Art Zusammenspiel mit dem Duce. Zur gleichen Zeit fordert nämlich Mussolini im Rahmen der „Marsch-auf-Rom-Feier" in Neapel die Revision der Verträge, die ein Schuldbuch, aufgebaut auf den Blutopfern von 10 Millionen Menschen, die nicht mehr das Licht der Welt erblickten, seien. Unter Zustimmung von Zehntausenden prägte der italienische Ministerpräsident den denkwürdigen Satz: „Kann man sagen, daß unter den Völkern Gleichberechtigung herrscht, wenn der eine Teil bis zu den Zähnen bewaffnet dasteht, und der andere zur Wehrlosigkeit verurteilt ist?"

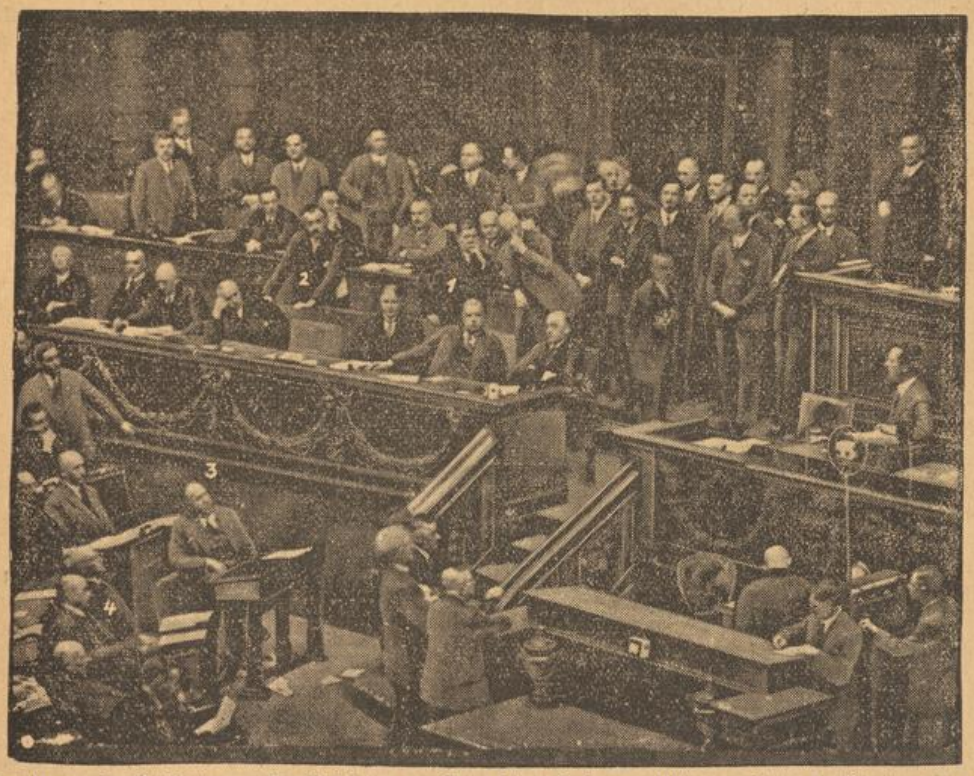
Innenpolitisch erfolgte auf dem Verordnungswege die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützungsdauer von 26 auf 20 Wochen, die bei den Gewerkschaftsverbänden allerdings schärfste Ablehnung und Kritik fand. Im Reichstag stieg die Temperatur auf den Siedepunkt, als am 17. Oktober gegen das Gesamtkabinett Mißtrauensanträge eingebracht worden waren. Mit einer Mehrheit von zirka 25 Stimmen konnte sich das Kabinett Brüning behaupten, da mit den Kommunisten der größte Teil des Landvolkes, die meisten Mitglieder der Deutschen Volkspartei, die Deutschnationalen und der Nationalsozialisten gestimmt hatten. Im Anschluß an die Abstimmung verließen die Nationalsozialisten unter der Erklärung, in diesem Parlament nicht mehr mitzuarbeiten, das Plenum

In Baden, dessen Finanzminister Dr. Mattes auf Grund der Sonderermächtigungen der Länder eine weitere Kürzung der Beamtengehälter um 5 % durchgeführt hatte, erfolgte durch eine Notverordnung des Reiches vom 8 Dezember die Gleichstellung der Länder- und Reichs-Beamten. Die wachsende Unzufriedenheit des Mittelstandes, der auch in dieser Notverordnung die eigentliche Heranziehung des Großkapitals und der Großverdiener vermißte, bildete für die Oppositionsparteien der äußersten Linken und Rechten einen guten Nährboden. Da zur gleichen Zeit auch der Auftakt der Wahlkämpfe der Parteien um die Reichspräsidentenwahl bevorstand, erließ die Reichsregierung eine Verordnung über den politischen Burgfrieden bis zum 2. Januar, der in ähnlicher Weise durchgeführt wurde, wie der 1932 über Ostern festgelegte Burgfrieden.

Während in Genf, wie so oft, leere Worte über Abrüstung gesprochen wurden, begann man im Reiche mit der Nominierung der Präsidentschaftskandidaten. Die ersten Versuche, die Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls durch ein Sondergesetz zu verlängern, scheiterten. Mitte Februar stellte sich der greise Reichspräsident erneut dem deutschen Volke zur Verfügung. Seine Gegenspieler waren Hitler, Düsterberg und Thälmann zum ersten Wahlgang im März.

Die in jenen Tagen einsetzende Wahlkampagne war von einer bisher noch nicht gekannten rücksichtslosen Härte und Schärfe geleitet.

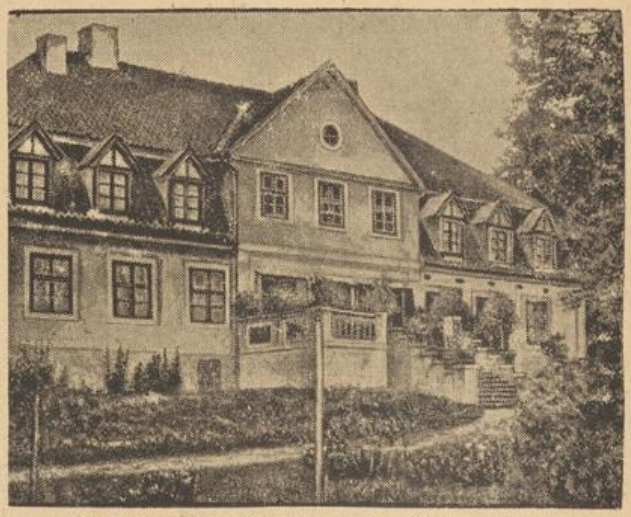
Der SA. stand die neugebildete Eiserne Front gegenüber und nur mit schärfsten Verordnungsmitteln, die sich allerdings in der Hauptsache gegen die Links- und Rechts-Opposition richtete, vermochte die Reichsregierung sich durchzusetzen. Nur 150 Tausend Stimmen fehlten dem Generalfeldmarschall beim ersten Wahlgang, um die erforderliche Mehrheit zur Wahl zu erhalten. Seinen 18 661 736 Stimmen stellten Hitler 11 338 571, Düsterberg 2 557 876, Thälmann



Sturmszenen im Reichstag — Der Reichstag am Tage seines Zusammentritts — Hinter der Regierungsbank die Staatssekretäre Meißner (1) und Pünder (2); vorn links die nat.-soz. Abg. Strasser (3) und Frick (4)

4982079 und ein weiterer „aussichtsreicher" Bewerber, der sich zur Wahlzeit zwar in Strafhaft befand, der Mann mit den rotgestempelten 1000 Markscheinen, Winter, 111470 entgegen. Hitler selbst, über dessen Staatszugehörigkeit schon seit Jahren die heftigsten Fehden geführt worden waren, wurde kurz vor seiner Präsidentschaftskandidatur die Beamteneigenschaft eines braunschweigischen Regierungsrates und damit die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen. Im Stichkampf war die Wahl Hindenburgs schon als sicher anzunehmen. Tatsächlich ging am 10. April im zweiten Wahlgang, bei dem der Stahlhelmer Düsterberg nicht mehr kandidierte, Hindenburg mit 53 % (19359642) vor Hitler mit 36,8 % (13417460) als erwarteter Sieger hervor. Der Moskowiter Thälmann, der im Verhältnis zum ersten Wahlgang eine weitere Einbuße erlitten hatte, brachte es nur auf 10,2 % (3706388) der Stimmen. In jenen Tagen des Wahlkampfes hatte sich vielleicht schon das Schicksal des Kabinetts Dr. Brüning zu seinen Ungunsten entschieden. Vielleicht; denn der Reichskanzler wies noch drei Tage vor der Wahl die Behauptung der Opposition, daß das Kabinett weitere einschneidende Notverordnungen in Vorschlag habe, als demagogische Wahlhetze zurück. Drei Wochen nach der Wahl entstand bereits eine Teilkrise, als Reichswirtschaftsminister Warmbold zurücktrat, da es starke Meinungsverschiedenheiten zwischen Dr. Warmbold und dem Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald gegeben hatte. In der Zwischenzeit waren noch vor allem die Preußenwahlen am 24. April erfolgt, die eine selbst von den Nazis nicht erwartete Zunahme ihrer Mandate gebracht hatte.

Als nun das Kabinett mehrere Wochen nach der Präsidentenwahl doch mit einer Notverordnung vor die Oeffentlichkeit treten wollte, und Reichspräsident von Hindenburg auf seinem Gut Neudeck weilte, benutzte die Opposition und sicher auch die ostpreußische Junkerschaft, der das Siedlungsprogramm, das in dieser Notverordnung enthalten war, nicht zusagte, die Gelegenheit, um bei dem Reichspräsidenten vorstellig zu werden. Herr von Hindenburg verweigerte dem Reichskanzler die Unterzeichnung der Notverordnung. Ein indirekt ausgesprochenes Mißtrauen. Der Kanzler demissionierte.



Gut Neudeck, der Erholungsort des Reichspräsidenten

Es wird einmal Angelegenheit der Geschichtsforschung sein, wenn die Akten der Oeffentlichkeit zugängig sind, welche direkten Gründe den Reichspräsidenten veranlaßten, seinen Kanzler ohne weiteres in kritischer Stunde gehen zu lassen. Stand doch die Konferenz von Lausanne vor der Türe, bei der Reichsaußenminister Dr. Brüning gute Trümpfe in der Hand haben wollte. Mit dem Reichskanzler schied das gesamte Kabinett. Schneller als angenommen worden war, bildete sich die neue Regierung. Der Reichspräsident beauftragte von

Papen mit der Bildung des Kabinetts. Hatte man allgemein erwartet, daß Hitler jetzt schon aktiv in die Reichspolitik eingreifen würde, so war dies nicht der Fall. Er erhob gegen die Zusammensetzung des neuen Kabinetts zunächst keinen Widerspruch. Allerdings nur nach Zusage der Reichstagsauflösung, die ihm auch zuteil wurde.

Das Kabinett der „Barone", wie die nunmehr in Opposition getretene frühere Regierungspresse das Kabinett von Papen zu benennen pflegte, war aber auch gezwungen, schon kurz nach seinem Zusammentritt dem geprüften deutschen Volke schwerste Opfer aufzuerlegen. Daß diese Notverordnung allerdings in so erheblichem Maße wiederum den Mittel- und Arbeiterstand und dann vor allem die Sozial- und Kleinrentner erfassen würde, ohne auch das Großkapital mit heranzuziehen, erweckte allgemeinen Anstoß. Man schien vom Regen in die Traufe gekommen zu sein. Aber die Auswirkungen dieser Notverordnung auf sozialem Gebiete schienen gar nicht so sehr in die Waagschale zu fallen, da die Aufmerksamkeit der breiten Masse auf die politischen Ergänzungsteile eben dieser Notverordnungen gerichtet war. Vor allem drehte es sich hier um die bestehenden Uniform-, SA- und SS-Verbote. Hierbei hätte der Kalendermann um ein Haar das am 12. Mai erfolgte Ausscheiden des Reichswehrministers Gröner vergessen; der Wehrminister war es nämlich gewesen, der vor dem Parlamente schwere Anschuldigungen auf die Illegalität gegen die SA vorbrachte, die zur Auflösung der Nazi-Kampftormation führten. Der Oberreichsanwalt wies jedoch die Anschuldigungen nach Prüfung des vorgelegten Materials als unbegründet zurück. Dadurch war die Stellung Gröner's erschüttert. Sein Ausscheiden brachte die zweite Krise im Kabinett Brüning, kurz ehe, wie bereits erwähnt, dieses demissionierte.

Die erste Notverordnung des Kabinetts Papen brachte die Aufhebung des Uniform- und SA-Verbotes. Die Freistaaten Bayern, Württemberg und Baden folgten dieser Notverordnung nur gezwungen. Sie glaubten besondere Gründe zwecks Vermeidung politischer Ausschreitungen und Uebergriffe zu haben. Erst eine weitere Ergänzung, die Reichsrecht lt. Verfassung vor Landesrecht stellt, führte zur Aufhebung der Verbote in Süddeutschland.

Inzwischen war in Lausanne die denkwürdige Konferenz Mitte Juni eröffnet worden. Und trotz der täglich sich steigernden blutigen Auseinandersetzungen, bei der vor allem die Kommunisten auf Anweisung von Moskau vor keiner Meuchelmord zurückschreckten, war über die Dauer der Konferenz das Auge mehr nach Lausanne gerichtet, als das Ohr auf die beginnende Reichstagswahlkampagne eingestellt war.

Hotel Beau Rivage in Lausanne, wo da Lausanner Protokoll unterzeichnet wurde

Endlich, nach 3wöchigem Ringen, konnte Herr von Papen das endgültige Ergebnis der Lausanner Konferenz dem deutschen Volke mitteilen, nachdem die beteiligten Mächte verschiedentlich uneinig auseinander zu gehen drohten. Deutschland ist durch dieses Abkommen nunmehr von dem Youngplan und allen Reparationsleistungen befreit. Die noch von ihm zu zahlenden 3 Milliarden, die nur durch besondere Reichsschuldenverschreibungen und nur dann auf den Markt gebracht werden dürfen, wenn das wirtschaftliche Gleichgewicht Deutschlands wieder hergestellt ist, stellen allerdings eine geringere Abgabe dar, als die Reparationsschuld aus dem Youngplan in ihrer Höhe von ca. 35 Milliarden!

Ob Herr von Papen oder an seiner Stelle ein anderer Staatsmann die gänzliche Streichung aller Lasten erreicht hätte, wird wohl solange eine Streitfrage bleiben, als es nicht in den nächsten Jahren gelingen sollte, einen tatsächlichen Schlußstrich unter die Reparationsschuld und den Versailler Vertrag überhaupt zu machen. —

Der innerpolitische Kampf in Deutschland verschärfte sich mit dem Herannahen der Reichstagswahlen am 31. Juli immer mehr. Deutschland erlebte einen Wahlkampf, der an Erbitterung und Hartnäckigkeit unübertrefflich war, besonders genährt noch durch die Aufhebung der Demonstrationsverbote. Die Nationalsozialisten marschierten wieder im Braunhemd auf und auch die Eiserne Front der Sozialdemokratie entfaltete mit ihren drei Pfeilen stärkste Werbetätigkeit. Reichskanzler Brüning sprach für das Zentrum in den größten Städten des Reiches und überall konnte er eindrucksvolle Kundgebungen erleben. Die Berliner Universität mußte wegen politischer Auseinandersetzungen der Studenten geschlossen werden. Täglich kam es zu blutigen Zusammenstößen und politischen Straßenkämpfen. In der Woche vom 10. bis 17. Juli kam es zu 51 Toten und 200 Schwerverletzten. Die blu-

Ansicht des Schloßbrandes in Stuttgart

tigen Vorfälle nahmen in solchem Ausmaße zu, daß sich der Reichsinnenminister genötigt sah, das Demonstrationsverbot wieder allgemein einzuführen. Sehr interessant waren die Vorgänge in Preußen. Der preußische Ministerpräsident Braun und der preußische Innenminister Severing wurden ihres Amtes enthoben und Reichskanzler v. Papen zum Reichskommissar für Preußen ernannt. Zum kommissarischen preußischen Innenminister wurde der Essener Oberbürgermeister Bracht berufen. Kurz darauf wurde über Großberlin und die Provinz Brandenburg der militärische Ausnahmezustand verhängt. Generalleutnant Rundstedt wurde zum Befehlshaber ernannt. Damit ging die Polizeigewalt an den militärischen Befehlshaber über. Polizeipräsident Grzesinsky, Vizepräsident Dr. Weiß, Oberst Heimannsberg wurden verhaftet.

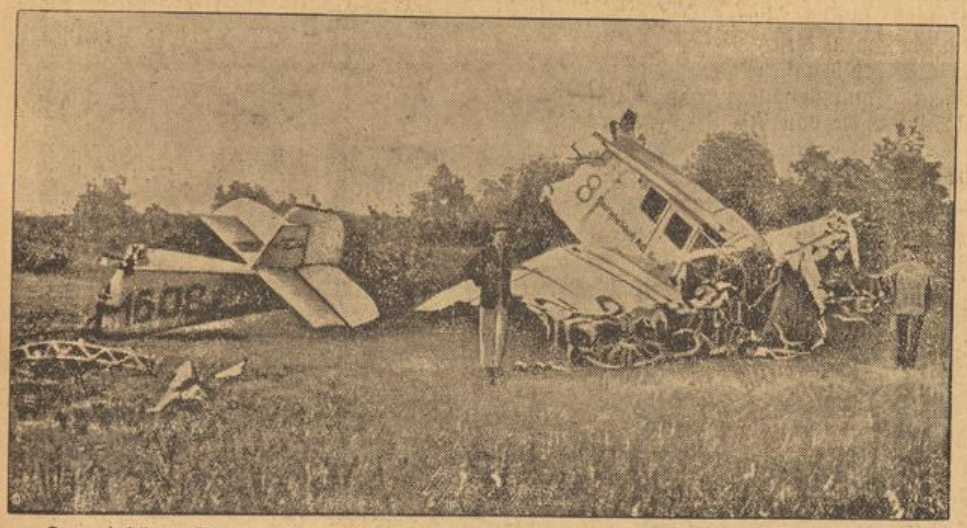
Auch in Italien wurden Aenderungen in der Regierung vorgenommen. Außenminister Grandi, Finanzminister Mossoni, Korporationsminister Bottai und drei weitere Minister traten zurück. Mussolini selbst hatte das Außenministerium übernommen, Grandi wurde Botschafter in London und Bottai Botschafter in Moskau.

Die amerikanischen Weltflieger Mattern und Griffin stellten eine neue Rekordleistung auf, indem sie den Atlantischen Ozean von Newyork bis nach Berlin in 18 Stunden überquerten.

In Amerika, und zwar in Los Angeles, wurden die Olympischen Spiele ausgetragen, bei denen auch Deutschland vertreten war.

Der bekannte tschechische Schuhfabrikant Thomas Bata, der nach der Schweiz fliegen wollte, stürzte bei Zlin (Mähren) mit seinem eigenen Flugzeug ab und verunglückte mit seinem Piloten zusammen tödlich. Als einfacher Dorfschuster gelang es ihm, sich zum mächtigsten Großindustriellen der Tschechoslowakei emporzuarbeiten. Der Tod des Schuhkönigs erregte allgemeine Bestürzung.

In der Nähe von Cherbourg versank das französische Unterseeboot „Promethée" mit 64 Mann. Nur sechs Mann, die sich gerade im Augenblick des Unglückes auf Deck befanden, konnten gerettet werden.



Das abstürzte Flugzeug des tschechische Schuhkönigs Bata auf dem Flugplatz Ostrokovicze

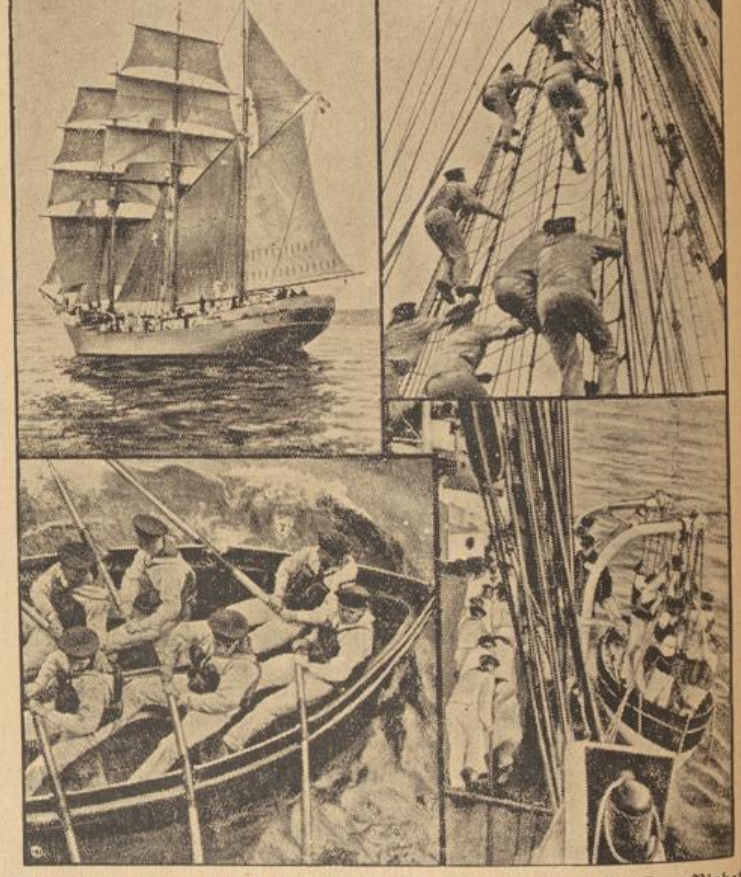
Leider wurde auch kurz darauf die deutsche Reichsmarine von einem schweren Unglück betroffen Das Segelschulschiff „Niobe" kenterte in einem schweren Gewitter infolge einer Böe am 26 Juli in der Ostsee bei der Insel Fehmarn. Der Untergang vollzog sich in etwa 3 bis 4 Minuten. Von der 109 Mann starken Besatzung konnten nur 40 Mann gerettet werden, während 69 Offiziersanwärter und Mannschaften den Tod auf dem Meeresgrund fanden.

Bei einem Segelflug, anläßlich der Rhönwettbewerbe, ist der Segelflieger Grönhoff tödlich abgestürzt.

Zu einem machtvollen Bekenntnisse zum deutschen Liede gestaltete sich das 11. Deutsche Sängerbundesfest, das vom 22. - 24. Juli in Frankfurt am Main unter riesiger Beteiligung gefeiert wurde. Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete der Sänger-Festzug am Sonntag, den 24. Juli, bei dem sich etwa 40000 Sänger beteiligten. Der Präsident des Deutschen Sängerbundes, Geheimrat Dr. Karl Hammerschmidt-München, der sich gerade um das Zustandekommen dieses Sängerfestes besonders verdient gemacht hatte, erlag im Alter von 70 Jahren nach der Heimkehr vom Feste einem Herzschlag.

Schwere Unwetterkatastrophen suchten viele Gegenden des Reiches heim und versetzten ihre Bewohner in neues Elend. Von besonderen Außmaßen waren dieselben in Thüringen und am Kaiserstuhl.

Die Innen-Politik Deutschlands stand noch im Zeichen des Wahlkampfes. Nach 6tägiger Dauer wurde der Belagerungszustand für Großberlin und die Provinz Brandenburg wieder aufgehoben und so der Weg zur Durchführung der Reichstagswahlen freigemacht. Sämtliche preußischen Minister wurden abgesetzt und die bisherigen Staatssekretäre mit der kommissarischen Wahrnehmung der Ministerämter betraut. Für Berlin wurde der bisherige Polizeipräsident von Düsseldorf, Melcher, zum Polizeipräsident ernannt. Alle diese Maßnahmen von Reichs wegen erregten überall Aufsehen. Der berechtigte Widerspruch der süddeutschen Länder veranlaßte den Reichskanzler v. Papen auf den 23. Juli eine Ministerpräsidenten-Konferenz der Länder nach Stuttgart einzuberufen. Es kam zu einer Aussprache zwischen Reich und Länder, in welcher der Reichskanzler die Erklärung abgab, daß die Länderrechte nicht weiter angetastet und keine weiteren Reichskommissare eingesetzt werden sollen.



Momentaufnahmen vom Leben und Treiben des versunkenen Schiffes „Niobe"

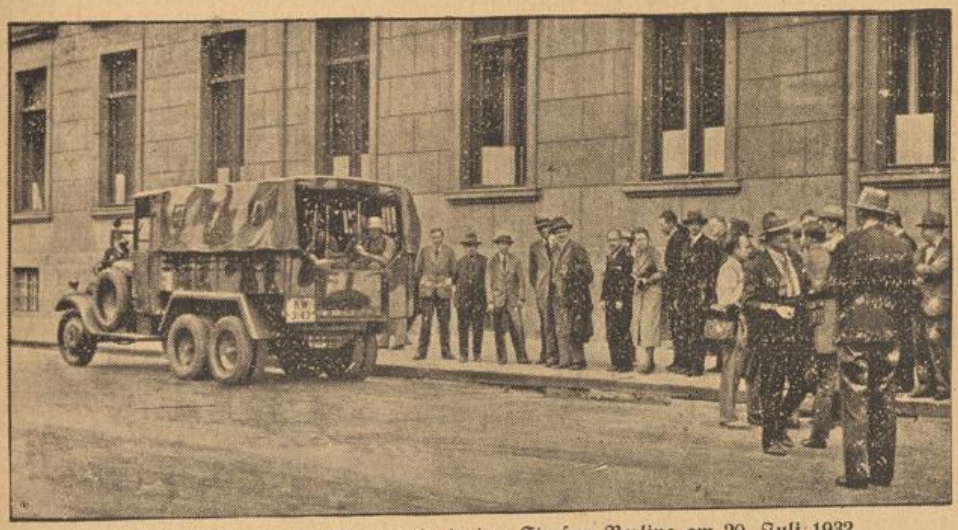
Endlich kam nach wochenlangen, unwürdigen Bruderkämpfen der 31. Juli mit der entscheidungsvollen Reichstagswahl. Hatte der 31. Juli wirklich eine Entscheidung gebracht? Zunächst konnte man eine Erhöhung der Mandate auf 607 feststellen, die sich wie folgt verteilten

SPD. 7953986 = 133 Mandate, NSDAP. 13772749 = 230 M., KPD. (+ SAP.) 5365666 = 89 M., Zentrum 4587477 = 75 M., DNVP. 2184971 = 37 M., DVP. 435547 = 7 M, Staatspartei 373560 = 4 M., Bayr. Volkspartei 1202617 = 22 M., Christl.-Soz. Volksdienst 364986 = 4 M., Splitterparteien 5 Mandate.

Die Sozialdemokraten mußten also die Rolle der stärksten Fraktion an die Nationalsozialisten abgeben. Die erwünschte absolute Mehrheit aber konnte die NSDAP. nicht erreichen, sondern mußte sich mit 37,4 Prozent begnügen. Eine weitere Radikalisierung der marxistischen Massen wurde mit der Wahl erreicht. Die Kommunisten konnten ihre Mandate von 78 auf 89 erhöhen, während die Sozialdemokraten nur 3 Sitze verloren. Dagegen hat der Nationalsozialismus die Positionen des liberalen Bürgertums nunmehr völlig aufgesaugt. Die einst so stolzen Namen wie Wirtschaftspartei, Deutsche Volkspartei, Staatspartei, um nur diese zu nennen, sind so gut wie ausgelöscht. Das Zentrum ging aus dem Kampf gefestigter und gestärkter an Haupt und Gliedern denn je zuvor.

Trotz des von Seiten der Reichsregierung verkündeten Burgfriedens nahmen die Terrorakte in Deutschland kein Ende und erregte sogar das Aufsehen des Auslandes. Besonders in Königsberg kam es zu Unruhen größeren Ausmaßes. Politische Gewalttätigkeiten stehen auf der Tagesordnung.

Nach allzulangem Warten wachte die Regierung auf, um energisch gegen den Terror einzuschreiten. Am 9. August wurde Todesstrafe für politische Mörder und schwere Sprengstoffverbrechen erlassen und für leichte politische Vergehen schwere Zuchthausstrafen. Außerdem erließ der Reichspräsident eine Notverordnung, welche den Burgfrieden bis Ende August verlängerte. Auch die Festungshaft wurde verschärft. Somit ist eine im Zusammenhang mit den Maßnahmen des Reiches gegen den politischen Terror auf dem Gebiete des Strafvollzugs liegende Reformarbeit zum Abschluß gebracht worden.



Schnell-Lastwagen der Reichswehr in den Straßen Berlins am 20. Juli 1932

In Ottawa tagt eine britische Reichswirtschaftskonferenz, bei der es aber noch zu keinen nennenswerten Ergebnissen kam.

Am 2. August verschied Oesterreichs großer Staatsmann, der frühere Bundeskanzler Dr. Seipel im 56. Lebensjahre. Sein Tod riß eine empfindliche Lücke in das staatspolitische Leben Oesterreichs.

Ignaz Seipel wurde am 19. Juli 1876 in Wien geboren. Im Alter von 23 Jahren wurde er zum Priester geweiht und promovierte 4 Jahre später zum Doktor der Theologie an der Wiener Universität. Er war damals bereits ein Jahr als Religionsprofessor an der Wiener Lehrerinnen-Ausbildungs-Anstalt tätig und so-

mit Staatsbeamter. Kurz vor dem Umsturz, im Oktober 1918, trat er in das letzte kaiserlich-königliche Kabinett Lamasch ein. Er übernahm den Posten des Ministers für soziale Fürsorge. Im Februar 1919 wurde er in die Wiener Nationalversammlung gewählt. Hier war er Vizepräsident der Sozialisierungs-Kommission. Nach dem Rücktritt des Prälaten Hauser vom Posten des Obmanns der Christlich-sozialen Partei im Jahre 1921 wurde er dessen Nachfolger. Ignaz Seipel wurde im Mai 1922 zum ersten Mal Bundeskanzler. Als solcher entwickelte er eine große außenpolitische Aktivität. Während eines Eisenbahnerstreikes trat das Kabinett Seipel am 7. November 1924 zurück. Nochmals mit der Regierungsbildung beauftragt, mußte Seipel am 18. November endgültig die Waffen strecken. Noch einige Male hatte er in den folgenden Jahren den Kanzlerposten inne.

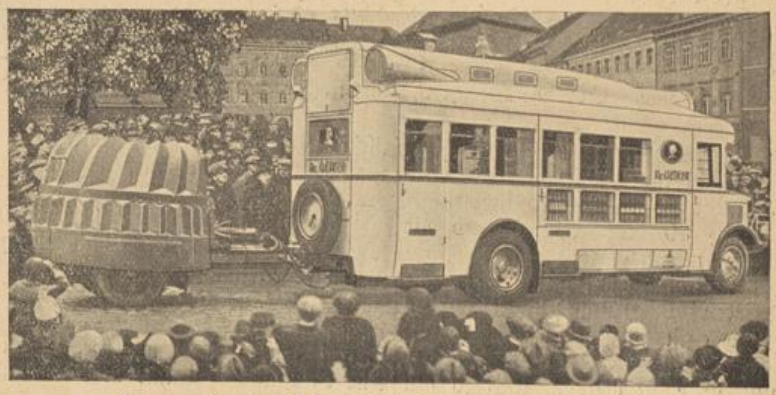
Bei den Begräbnisfeierlichkeiten nahmen Vertreter aus allen Herren Länder teil.

Um die Arbeitslosigkeit zu lindern, und besonders die jugendlichen Kräfte, die infolge der Arbeitslosigkeit brach liegen, wieder fruchtbringend zu betätigen, hat man sich ernstlich in Deutschland an die Organisation des Arbeitsdienstes gemacht. Zur Zeit sind etwa 80000 Jugendliche im Arbeitsdienst beschäftigt. Der Reichskommissar Dr. Syrup hofft bis September etwa 200 000 Jugendliche untergebracht zu haben. Die Gruppenstärke beträgt gegenwärtig 30 Mann. Im nächsten Jahr gedenkt man den Arbeitsdienst weiter auszubauen.

Der Kalendermann glaubt nun die wichtigsten Ereignisse bis Dato kurz gestreift zu haben. Dabei erfüllt ihn bei dieser Rückschau bittere Wehmut über all das viele Leid und Elend auf der ganzen Welt und besonders, wenn er an die Not und Entbehrungen in unserem lieben, deutschen Vaterland denkt. Da möchte der Kalendermann vor Hoffnungslosigkeit fast verzagen. Es erfüllt ihn mit Schmerz, wenn er sieht, wie in allen Gegenden Deutschlands Bruderblut fließt, Zwietracht und Uneinigkeit herrscht. Und doch hat der Kalendermann den Glauben an die Kraft und den Aufbauwillen des Deutschen Volkes nicht verloren.

Möge das Deutsche Volk allen Hader im Innern und nach außen begraben, zum Wohle Deutschlands und der gesamten Menschheit.

Der Oetker-Wagen in Baden!



War er schon bei Ihnen?

Die Kostproben, die er verteilt, bezeugen wieder aufs neue, wie gut die **Oetker-Puddings** schmecken. In allen guten Lebensmittelgeschäften sind Dr. Oetker's Puddingpulver in vielen Sorten stets frisch zu haben. Versuchen Sie bitte auch das neue Soßenpulver mit Apfelsine-Geschmack. Neues Rezeptbuch „Backen macht Freude" (Pr. 20 Pfg.) u. Dr. Oetker's Schulkochbuch (Pr. 30 Pfg.) überall erhältlich.

Dr. August Oetker, Bielefeld.